

## Vorwort

Seit nunmehr sechs Jahrzehnten begleitet das „Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften“ die gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland und Europa, bietet ein Forum für die sozialetische und sozialwissenschaftliche Debatte zu Fragen und Problemen einer gerechten und zukunftsfähigen Ordnung und Gestaltung des Gemeinwesens und setzt mit der Wahl der Schwerpunktthemen Impulse für die sozialetische Diskussion im Fach und in der öffentlichen Arena. In diesem Sinne haben wir die in jüngster Zeit lebhaft und kontrovers geführte Auseinandersetzung um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als ein gesellschaftlich bedeutendes, politik- und medienethisches Thema für den 60. Band des JCSW als Schwerpunkt gewählt.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, seine Funktionsweise und seine Bedeutung für freiheitliche Demokratien sind in vielen europäischen Gesellschaften zum Gegenstand öffentlicher Debatten, Auseinandersetzungen und politischer Interessenkonflikte geworden – bis hin zur Infragestellung dieser Institution öffentlicher Kommunikation. Die entsprechenden Debatten bilden so etwas wie den Kulminationspunkt eines weiten medienpolitischen und medienethischen Konfliktfeldes. In vielen Ländern Europas ist die politische und gesellschaftliche Lage gekennzeichnet durch Framing-Debatten, populistische Diffamierungen („Lügenpresse“) sowie durch vielfältige Beanspruchungen und Instrumentalisierungen von Medien für politische Zwecke und Interessen. Dies gilt für die sozialen Medien (Facebook, Twitter, YouTube), aber auch im Hinblick auf Versuche der politischen Regulierung/Zensurierung bis hin zur „Übernahme“ öffentlich-rechtlicher Medienanstalten und Presseorgane. Die Digitalisierung verändert die Medienlandschaft, das Mediennutzungsverhalten und die politischen Effekte der Kommunikationsmedien tiefgreifend. Medienpolitisch und -ethisch geht es dabei keineswegs nur um technische Veränderungen, sondern immer auch, vielleicht sogar primär, um gesellschaftliche Veränderungen.

Auf den Ebenen von Medientheorie und Medienethik schlagen sich diese weitreichenden Veränderungen in Debatten um die Bedeutung demokratie- und gesellschaftstheoretischer Vorannahmen nieder: Im Ringen um den Öffentlichkeitsbegriff werden Auseinandersetzungen um zentrale Konzepte moderner politischer Ethik ausgetragen: Einem diskursethischen Paradigma der Kommunikation stehen antagonistisch

orientierte Demokratietheorien gegenüber. Die Debatten spiegeln die Kritik am „Universalismus“ der Aufklärung und des modernen Liberalismus sowie an einem Konsens-Paradigma der Kommunikation aus den Reihen postmoderner Theorie(n); und sie indizieren die gesellschaftlichen Veränderungen, die intellektuell verarbeitet werden müssen: gesellschaftliche Fragmentierungen, Komplexitätssteigerungen, global wirkende Vernetzungsstrukturen, neue Vermachtungen durch Digitalkonzerne. Konsequenzen für das Verständnis von Medien werden auch im Blick auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk erörtert.

Welche Rolle können und sollen ein „öffentlich-rechtlicher Rundfunk“ bzw. „öffentlich-rechtliche Medien“ in der durch rasante Veränderungen im Zeichen der Digitalisierung (mitunter gekennzeichnet mit dem Stichwort „digitale Revolution“) und durch das Vordringen populistischer Politikmuster geprägten gesellschaftlichen Lage spielen? Bei allen Infragestellungen steigt unter den Bedingungen des Wandels und der gesellschaftlichen und politischen Polarisierung die Nachfrage nach Institutionen, die „Unabhängigkeit“ und (weltanschauliche) „Neutralität“ gewährleisten und gar einen Beitrag zur „Integration“ der Gesellschaft leisten, ohne die Spannungen und Konflikte, deren Teil die öffentlich-rechtlichen Medien ja selbst auch sind, wenn nicht als Konfliktpartei, so doch als Gegenstand, zu negieren oder zu ignorieren. Entsprechende Erwartungen verbinden sich dennoch mit den öffentlich-rechtlichen Medien, die per definitionem „über“ den partikularen Interessen und Machtansprüchen gesellschaftlicher, wirtschaftlicher oder (partei-)politischer Akteure stehen (sollen). Wie die Anforderungen solcher Unabhängigkeit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk verlässlich umgesetzt sowie dauerhaft institutionell gewährleistet werden können und was diese Ansprüche konkret bedeuten, ist europa-, ja weltweit zu einer drängenden Frage geworden. Dabei geht es um grundlegende Optionen einer politischen Ethik der Mediengesellschaft und der (Medien-)Demokratie. Das Zusammenspiel von gelingender Demokratie und einem starken, unabhängigen öffentlichen Rundfunk ist nicht (mehr) selbstverständlich und muss – angesichts politisch interessierter Infragestellungen – in Theorie und Praxis neu plausibilisiert werden. Diesen Herausforderungen stellt sich der vorliegende 60. Band des Jahrbuchs.

Drei „Ouverture“-Beiträge leiten in das vielschichtige Thema und – exemplarisch – in dessen europäische Bandbreite ein: *Klemens Kindermann* reflektiert aus der Perspektive des Rundfunkjournalisten (DLF) die

Stärkung, die die „Öffentlich-Rechtlichen“ durch den Telemedien-Staatsvertrag (2018) für eine ihre Identität sichernde Fortentwicklung in den Herausforderungen durch die Digitalisierung der Medien erfahren haben. *Vinzenz Wyss* und *Mirco Saner* blicken zurück auf die „No-Billag“-Initiative zur Abschaffung der Rundfunkgebühren in der Schweiz, die nach einer erhitzten öffentlichen Debatte in einer Volksabstimmung am 4. März 2018 abgelehnt wurde, und ziehen daraus Schlüsse im Hinblick auf die Notwendigkeit, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht nur politisch-institutionell, sondern auch zivilgesellschaftlich-argumentativ abzusichern. *Michał Kus* beschreibt und kommentiert die (unabgeschlossene) Entwicklung eines unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Polen zwischen 1989 und 2015 und die durch die PiS-Regierung betriebene medienpolitische Kehrtwende, die Radio und Fernsehen seit Ende 2015 einer nahezu vollständigen politischen Kontrolle unterworfen hat. Diese Entwicklung wird kontextualisiert in der stark polarisierten Medienöffentlichkeit (einschließlich der sozialen Medien) zwischen regierungskritischen und rechtskonservativ-nationalistischen Kräften in Polen.

Die Forschungsbeiträge zum Thema beziehen sich auf rechtliche/rechtsethische, medien- und sozialetische sowie politikwissenschaftliche Aspekte und berücksichtigen auch die Rolle der Kirche(n) in den Medienräten. Gleichzeitig vermitteln sie auch Eindrücke der oben angesprochenen politiktheoretischen bzw. politisch-ethischen Kontroversen um Wert, Bedeutung und Legitimität öffentlich-rechtlicher Medien: *Otfried Jarren* erörtert aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht die Rolle der öffentlichen Medien als „neue Intermediäre“. Angesichts des treibenden Einflusses der Social Media plädiert er dafür, Medienpolitik als Kommunikationspolitik stärker auf das Ziel der Beteiligung hin auszurichten, die Regulierung den Herausforderungen der neuen Medienrealität anzupassen und dadurch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im europäischen Rahmen zu stärken. Aus sozial- und medienethischer Perspektive analysiert *Alexander Filipović* die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland. Im Horizont einer Reflexion auf Normen und Anforderungen, an denen der öffentlich-rechtliche Rundfunk orientiert ist, fragt er nach den Leistungen, die diese Institution für die Gesellschaft und ihre Mitglieder erbringt, sowie nach der Funktion, die dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk innerhalb des Mediensystems für die Demokratie zukommt. Auf das Verhältnis von öffentlich-rechtlichem Rundfunk und Medienpluralität geht *Corinne Schweizer* ein. Indem sie es sowohl

aus Sicht der sich wandelnden theoretischen Konzeptionen und Regulierungsziele als auch auf Basis empirischer Erhebungen des EU Media Pluralism Monitor beleuchtet, zeigt sie zum einen, dass nicht vermeintliche Marktverzerrung, sondern vor allem fehlende soziale Inklusion die Pluralität des öffentlichen Rundfunks einschränkt. Zum anderen plädiert sie dafür, eine antagonistische Perspektive auf die Medienpluralität einzunehmen, und vergleicht diese anhand von vier aktuellen Herausforderungen des öffentlichen Rundfunks mit der gängigen deliberativen Sicht. Die Studie von *Tobias Eberwein*, *Florian Saurwein* und *Matthias Karmasin* leistet einen Beitrag zu der Debatte über Finanzierungsmodelle und die Evaluierung öffentlicher Medien. Anhand der Ergebnisse einer komparativen Analyse 17 europäischer Länder zeigt sie, dass die Finanzierung öffentlicher Medien einen Einfluss auf den Publikumserfolg hat: Rundfunkveranstalter mit stärkeren öffentlichen Einnahmen erreichen höhere Marktanteile, eine gesteigerte Relevanz als Informationsquelle und ein größeres Vertrauen in die Unabhängigkeit von äußeren Einflüssen. Mit der Rolle der Kirchen, die in den plural zusammengesetzten Rundfunkräten in Deutschland schon seit der Entstehung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zur regulierten Medienselbstkontrolle beitragen, befasst sich *Siegfried Krückeberg*. Die kirchlichen Vertreter\*innen in den Rundfunkräten verstehen ihre Tätigkeit vor allem als Beitrag zum Gemeinwohl, engagieren sich vorwiegend in den Programmausschüssen und nehmen häufig aufgrund der ihnen zugeschriebenen Neutralität und Vermittlungskompetenzen den (stellvertretenden) Vorsitz ein. Eine vom Autor durchgeführte Befragung zeigt, dass die meisten kirchlichen Rundfunkräte von der Staatsferne ihrer Gremien überzeugt sind und sich für eine Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – auch durch Präsenz im Internet – aussprechen. *Béatrice Dernbach* stellt die aktuellen Auseinandersetzungen um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in den Kontext periodisch hochkochender Streitigkeiten seit den 1960er-Jahren und kritisiert vor diesem Hintergrund aktuelle, auch von Medienschaffenden selbst erhobene Vorwürfe (wie z. B. von M. Döpfner, der die Öffentlich-Rechtlichen als „Staatsfernsehen“ diskreditiert) als mediale Inszenierung, in der alte Muster wiederholt und die Falschen an den Pranger gestellt werden.

*Elmar Kos* ergänzt das Panorama durch einen Literaturüberblick, der die disparate und durch medientechnische Entwicklung vor allem im letzten Jahrzehnt stark dynamisierte Fachdiskussion seit etwa Mitte der 1980er-Jahre in den Blick nimmt. Er erörtert den medienethischen Beitrag zur Debatte um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und markiert

Desiderate, vor allem mit Blick auf die Legitimation des öffentlichen Rundfunks unter sich verändernden technologischen und globalen Kommunikationsbedingungen.

Unabhängig vom Rahmenthema präsentieren wir in diesem Band zwei weitere Beiträge: Der Beitrag von *Roman Siebenrock* zur Aneignung von Karl Gabriels religionssoziologischer Analyse zur „multiplen Moderne“ in der systematischen Theologie geht zurück auf den Festvortrag, den der Autor anlässlich der Feier zum 75. Geburtstag Gabriels in Münster gehalten hat. Einen Geburtstagsbeitrag anderer Art präsentiert ein Team um die Herausgeberin des Jahrbuchs zu dessen 60. „Geburtstag“: *Marianne Heimbach-Steins*, *Josef Becker* und *Sebastian Panreck* untersuchen das JCSW als zentrales Medium der deutschsprachigen christlichen Sozialethik. Es spiegelt in einzigartiger Weise Geschichte und Entwicklung des Fachs während der letzten sechs Jahrzehnte. In exemplarischen Analysen gehen die Autor\*innen den untereinander zusammenhängenden Diskurssträngen einer politischen Ethik der Demokratie und einer Wissenschaftstheorie der christlichen Sozialethik im Spiegel des JCSW nach und ziehen daraus Schlussfolgerungen im Hinblick auf künftige Aufgaben und Desiderate des Faches.

In der Rubrik *Länderberichte* können wir erneut zwei Skizzen präsentieren: *Carl-Henric Grenholm* stellt die Situation der vor allem im lutherischen Kontext verankerten, heute aber durch die starke Säkularisierung der Gesellschaft und des Wissenschaftssystems geprägten christlichen Sozialethik in Schweden vor. Letzteres trifft *mutatis mutandis* auch für die institutionell wie personell herausfordernden Bedingungen zu, unter denen christliche Sozialethik in Tschechien betrieben wird, wie *Petr Štica* in seinem Bericht schildert.

Wie in jedem Jahr berichten wir über eine Reihe von Fachtagungen<sup>1</sup>: Über das Berliner Werkstattgespräch der Sozialethiker\*innen 2019 zum Thema „Globales Gemeinwohl“ (Andreas Fisch), das Forum Sozialethik 2018 zum Thema Wirtschaftsethik (Lars Schäfers), die Heppenheimer Tage 2019 zu Wohlfahrtsstaatstheorien (Hermann-Josef Große Kracht und Jonas Hagedorn), den Münchener Grundlagenworkshop 2019 „Gliederungssysteme angewandter Ethik“ (Ivo Frankenreiter) sowie die Jahrestagung der Societas Ethica 2019 zum Thema Digitalität (Galia Assadi).

1 Die Berichte wurden bereits als preprints im online-Journal [www.jcsw.de](http://www.jcsw.de) veröffentlicht.

Die „Mitteilungen aus der christlichen Sozialethik“ gehören seit langem so selbstverständlich zum Serviceteil des Jahrbuchs, dass sie kaum einer eigenen Erwähnung bedürften – wäre nicht auch da ein kleines Jubiläum anzuzeigen: Eine Anregung der Sozialethikertagung 1988 aufgreifend, wurde diese Rubrik in Band 30/1989 eröffnet – es sind also jetzt 30 Jahre, in denen die in Arbeit befindlichen und gerade abgeschlossenen Qualifikationsarbeiten im Fach dokumentiert werden; die Neuerung prä-ludierte damals weitere Schritte der Erneuerung im Fach, nicht zuletzt das nur ein Jahr später ins Leben gerufene „Forum Sozialethik“, die eigene Tagung der sogenannten „Nachwuchswissenschaftler\*innen“, mit der in der sozialethischen Zunft ein Pionierprojekt entstand, das später in vielen anderen theologischen Arbeitsgemeinschaften aufgegriffen wurde.

Wie in jedem Jahr gratulieren wir einigen Kollegen zu „runden“ Geburtstagen: Den 85. Geburtstag konnten Peter Inhoffen (Graz) und Bruno Schlegelberger (Berlin) feiern, den 80. Geburtstag Hans Halter (Luzern); seinen 75. Geburtstag beging Hans Jürgen Münk (Luzern), den 70. Herbert Schlögel OP (Regensburg). Joachim Wiemeyer (Bochum) und Leopold Neuhold (Graz) feierten ihren 65. und Stephan Wirz (Zürich) seinen 60. Geburtstag.

Am 4. August 2019 starb im Alter von 92 Jahren Wilhelm Korff. Von 1979 bis 1993 hatte er den Lehrstuhl für Christliche Sozialethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der LMU inne. Bis ins hohe Alter nahm er an Fachtagungen und -diskussionen teil und leistete eigene Beiträge, zuletzt mit dem monumentalen Werk „Gliederungssysteme angewandter Ethik“ (mit Markus Vogt; erschienen 2016). Für die Entwicklung einer in der großen Tradition katholisch-theologischer Ethik verankerten, im Kontext der säkularen Sozialwissenschaften gesprächsfähigen modernen christlichen Sozialethik hat er Pionierarbeit geleistet. Sein Nach(nach)folger auf dem Münchener Lehrstuhl, Markus Vogt, würdigt ihn in diesem Band mit einem Nachruf. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren; durch seine Forschung und zahlreiche Werke bleibt er im Fach präsent.

Abschließend ist aus der Redaktion zu berichten: Im Frühjahr 2019 schied Dr. Anna Maria Riedl aus der Schriftleitung aus, um sich einer neuen beruflichen Aufgabe zu widmen. Der nun vorliegende Band wurde interimistisch durch Josef Becker betreut. Zum 01. August trat Dr. Claudius Bachmann die Assistenzstelle im ICS an und übernahm die Schriftleitung des Jahrbuchs. Anna Maria Riedl gilt der große Dank der

Herausgeberin für ihre sehr engagierte und kompetente Arbeit als Schriftleiterin in den Jahren 2016–2019. Besonderer Dank gebührt Herrn Becker, der mit seiner Erfahrung als langjähriger Mitarbeiter der Redaktion den Band 60/2019 souverän bis zur Veröffentlichung begleitet hat. Claudius Bachmann gilt ein herzliches Willkommen als neuem Schriftleiter!

Dank sei schließlich all denen gesagt, die zur Fertigstellung des Bandes beigetragen haben: Herrn Lukas Billermann und allen studentischen Hilfskräften am ICS, die Korrektur gelesen haben, Herrn David West für die Korrekturen englischsprachiger Texte, Frau Nicole Krause, mn büro für Satz, für die Übernahme der Layout-Arbeiten, der Universitäts- und Landesbibliothek Münster für die stets sehr hilfreiche Kooperation bei der Realisierung der online-Version ([www.jcs.w.de](http://www.jcs.w.de)), dem Verlag Aschendorff für die bewährte Zusammenarbeit und – last but not least – dem Verein der Freunde des Instituts für die verlässliche finanzielle Unterstützung der Jahrbucharbeit.

Münster, im August 2019

Marianne Heimbach-Steins und Josef M. Becker